Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Rpf: Die 41 mm breite Zeile (Mosse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Rpf, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Rpf; amtlich 1 mm 30 Rpf und 24 Rpf; Reklame 25 Rpf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 — Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 52 || **Montag, den 3 März 1930** || **82. Jahrgang**

Oertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Paul Bormann), der kürzlich in Bautzen stürmisch gefeiert wurde, spielt nächsten Donnerstag außer der berühmten A-Dur-Sonate von Brahms und der volkstümlichen von Dvorak auf vielfachen Wunsch eine Sonatine von Schubert, ein von Melodienreichtum überströmendes Werk.

Pulsnitz. (Die Gewinnlisten) der 2. Geldlotterie des sächsischen Roten Kreuzes sind eingetroffen und liegen in der Lotteriegeschäftsstelle des Herrn Max Greubig zur Einsichtnahme aus. Dieselben sind daselbst auch käuflich zu erwerben.

Pulsnitz. (Zur Frauentagung in Königsbrück) am nächsten Mittwoch fahren die Mitglieder aus Pulsnitz M. S. pünktlich um 1 Uhr, die Mitglieder aus Pulsnitz pünktlich um 2 Uhr — beide Male vom Postamt Pulsnitz — ab. Für die Fahrt um 2 Uhr sind noch einige Plätze frei.

Großnaundorf. (Neuestes — — Allerneuestes.) **Wenn einer behauptet, es geschehen keine Zeichen und Wunder mehr, so ist er aber gehörig schief gewickelt, nur muß man sich wundern, daß man mit den neuesten Errungenschaften hierzulande bis zum Fastnachtsdienstag 1930 gebraucht hat, um die Wohltaten der Erfindungen und der modernen Techniken dem Publikum zu gute kommen zu lassen. Jedenfalls wird das Leben der Großnaundorfer in Zukunft sehr verbilligt und die mancherlei Annehmlichkeiten auf allen Gebieten des Lebens werden die Gewißheit gar nicht mehr auskommen lassen, daß wir auf einem so alten und traurigen Planeten, wie es unsere Erde nun einmal ist, dahin wandeln. Heute wird überhaupt viel zu viel geschimpft und losgewettert, manchmal ganz ohne allen Grund. Hat neulich z. B. das Musikhaus Paul Klemm einen Sprechapparat erfunden, der vermöge seiner enormen Lautstärke ganz Großnaundorf unterhalten hätte. Die guten „Naundorfer" aber hatten dafür absolut kein Verständnis, sondern holten den Gendarm und stellten Strafantrag wegen Ruhestörung, obwohl die Sprechmaschine ganz Großnaundorf unterhalten konnte, mithin alle privaten Sprechmaschinen überflüssig geworden wären. Also war nichts damit! Fernerhin hat sich ein Consortium autokundiger Herren zusammen getan, um eine direkte Omnibusverbindung Dresden—Großnaundorf—Königsbrück—Berlin entstehen zu lassen, nachdem die ersten Probefahrten im „Autoschieben" so glänzend gelungen sind. Da führt der Reichsfinanzminister unerwartet schnell eine Steuer für „Autoschnaps" ein, sodaß die Fahrpreise bis Berlin anders kalkuliert werden müssen. Schwierigkeiten nichts als Schwierigkeiten!! Und wer von den Großnaundorfern eine feine Beobachtungsgabe hat, der wird gemerkt haben, daß in jüngster Zeit unsere Polizei durch sogen. „Geheime" in ganz unauffälliger Weise verstärkt worden ist; denn wohl 8 bis 10 Herren amerikanische Verkehrspolizisten halten vor der Markthalle der Firma Hartmann hier getreulich Wacht. Die Firma kauft nämlich zwecks Verbilligung der hiesigen Lebensmittelpreise, solange der Vorrat reicht, nicht mehr zentnerweise vom Grossisten, sondern läßt ganze Dampfer mit samt ihren Ladungen nach Großnaundorf transportieren. Hier vollzieht sich nun unter Aufsicht amerikanischer Polizei der fabelhaft billige Verkauf. Für Dienstag, den 4. März, nachmittags 2 Uhr, ist eine große Ladung „Sprotten aus New York" angesagt. Es wird bereits höheren Ortes erwogen, dem Inhaber der Firma Hartmann den Doktortitel zu verleihen. Was nicht ist, kann bald werden! Am allerfindigsten ist jedenfalls der Bauausschuß des Deutschen Turnvereins, der eine geradezu epochemachende Erfindung ausgeklügelt hat hinsichtlich seines künftigen Badeteiches. Es ist nämlich ein Projekt ausgearbeitet worden, dessen Verwirklichung im Sommer zur Tatsache werden wird. Ueber der oberen Hälfte des Bades wird eine riesige Brennlinse angebracht, mittels derer unter Verwendung und Ausnützung der Sonnenstrahlen die obere Hälfte des Teiches zum Kochen gebracht wird zwecks Verabreichung eines kostenlosen Warmwasserbades. Na, nu schlägt's 13! Bleibe jung! Dieser Parole des 20. Jahrhunderts kommt auch die Kolonialwarenfirma Ernst Haute entgegen und bringt am 4. März von 3 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends ein Präparat in den Handel, das für ewige Zeiten jung und überdies noch schön erhält. Es werden zunächst 300 Pakete Gratisproben verteilt. Das Präparat heißt nicht etwa Lukutate oder sonstwie, ist auch nicht etwa mit einer Reise nach Wien zu Professor Steinach verbunden, sondern ist ein ganz einfaches Puddingpulver in künstlerischer Packung und verwischt schon beim Anriechen alle Alterserscheinungen. Endlich haben sich, wie man hört, in „Naundorf" alle Schuhmacher zu einem Verband der Knieriemenalisten zusammengetan und haben durch jahrelange gemeinsame Klopfversuche ein neues Leder erfunden, mit dem sie künftighin alles Schuhwerk besohlen wollen. Dieses wird länger halten als das Oberleder und ist aus diesem Grunde eine rapide Abwärtsentwicklung in der „Schuhindustrie Großnaundorfs" unausbleiblich. Zum guten Ende plant der Wirt des Großnaundorfer Gasthofs, Herr Karl Lunze, sich an der Verbilligungsaktion der Unternehmerkreise des Ortes insofern zu beteiligen, als er künftighin bei allen Vergnügungen die Saalsteuer — bisher 40 Pfg. pro Kopf — selber tragen will, ferner drei Wochen lang jeden Abend von 8—10 Uhr Lokalrunden nicht unter 50 Glas Bockbier**

Hindenburg für das sogenannte Notopfer

Der Vorstand der volksparteilichen Reichstagsfraktion gegen eine Kürzung der Beamtengehälter da die Zuschußwirtschaft für die Arbeitslosenversicherung nicht beseitigt wird

Die deutsche Volkspartei bleibt fest — Das Kabinett Tardieu gebildet — Der Deutsche Beamtenbund gegen das Notopfer
Die Berliner Presse zum Notopfer

Der politische Konflikt innerhalb der Reichsregierung hat schärfere Formen angenommen. Seit der Beratung des Kabinetts am Freitag abend kann man von einem offenen Kampf zwischen den Regierungsparteien und den Mitgliedern des Kabinetts mit Einsatz aller überhaupt nur möglichen politischen Mittel sprechen. Die Verhandlungen des Reichskabinetts am Freitag abend fanden einen plötzlichen Abschluß, mit dem formalen Beschluß auf Vertagung bis Montag vormittag, als der Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Meißner, die Mitteilung machte, daß sich der Reichspräsident persönlich zu der Auffassung bekannt habe, daß man das von der Deutschen Volkspartei abgelehnte Notopfer zugunsten der Arbeitslosenversicherung durchführen müsse. Daraufhin erklärten die Mitglieder der Deutschen Volkspartei im Reichskabinett, daß sie sich nunmehr zunächst mit ihren Parteifreunden in Verbindung setzen müßten.

Das Zentrum hatte den Reichspräsidenten über seine persönliche Auffassung für das Notopfer befragt und eine Antwort erhalten, die von unterrichteter Seite etwa folgendermaßen dargestellt wird:

Der Reichspräsident habe tatsächlich seine persönliche Meinung über den Konflikt zwischen den Regierungsparteien zum Ausdruck gebracht, und er habe erklärt, daß in solchen Notzeiten, wie sie augenblicklich bestehen, derjenige Teil der Bevölkerung, der vor der Arbeitslosigkeit geschützt sei, die Aufgabe habe, den Arbeitslosen zu helfen; das liege

im Sinne einer Politik der Volksgemeinschaft.

Der Reichspräsident beabsichtige keineswegs, irgendwelchen Druck auf die Parteien auszuüben. Er habe seine persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht. Diese persönliche Meinung habe der Reichspräsident auch aufrechterhalten, nachdem er Sonnabend vormittag noch einmal eine Besprechung mit dem Zentrumsabgeordneten Dr. Brüning und im Anschluß mit dem Führer der Deutschen Volkspartei, dem Abgeordneten Scholz, hatte.

Der Hauptwert dieser Erklärung ist darauf zu legen, daß der Reichspräsident sich für den Gedanken des Notopfers auch noch nach der Unterredung mit dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, eingesetzt hat, obwohl in dieser Unterredung dem Reichspräsidenten von den wirklichen Gründen der Deutschen Volkspartei Mitteilung gemacht worden ist. Es handelt sich gar nicht um die Notwendigkeit einer besonderen Hilfe für die Arbeitslosen, sondern es handelt sich bei dem Gegensatz der Regierungsparteien um

eine grundsätzlich verschiedene Auffassung über staatspolitische Fragen.

Der Reichsfinanzminister will mit der Deutschen Volkspartei die Zuschußwirtschaft für die Arbeitslosenversicherung beenden und will statt dessen die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung selbständig gestalten, wobei er aber noch einmal 150 Millionen Unterstützung durch den Verkauf der Reichsbahnvorzugsaktien geben will. Demgegenüber verlangen Zentrum und Sozialdemokraten die Fortsetzung der Zuschußwirtschaft, die in Wirklichkeit die Ursache für die schwere Kassenkatastrophe des Reiches geworden ist.

Da das Zentrum und die Sozialdemokraten andere Mittel auf anderen Wegen für die weitere Unterstützung der Arbeitslosenversicherung nicht aufbringen können, wollen sie entweder durch einen Abzug von den Beamtengehältern und den Gehältern der Festbesoldeten oder durch eine prozentuale Erhöhung der Einkommensteuer über eine gewisse Mindestgrenze von etwa 8400 Mark Einkommen hinaus, diese Mittel zunächst erst einmal für den Etat für 1930/31 aufbringen. Die einseitige Belastung der Beamten und der Festbesoldeten wäre übrigens eine Aenderung der Reichsverfassung, die vom Reichstag überhaupt nur durch eine Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden könnte, während die prozentuale Erhöhung der Einkommensteuer mit einfacher Mehrheit im Reichstage durchgesetzt werden kann.

Nachdem der Reichspräsident sich für den Gedanken dieses sogenannten „Notopfers" persönlich eingesetzt hat, hat er damit praktisch den finanzpolitisch gesunden Plan der Herausnahme der Arbeitslosenversicherung aus der Zuschußwirtschaft abgelehnt. Ob unter diesen Umständen das Kabinett sich einigen kann, ist sehr zweifelhaft. Wahrscheinlich werden die Beratungen des Kabinetts noch schärfere Formen annehmen als bisher. Die Deutsche Volkspartei, die am Sonntag den Reichsausschuß nach Berlin einberufen hatte, stand vor den allergrößten innerpolitischen Entscheidungen.

Aus den Beratungen des Fraktionsvorstandes der Deutschen Volkspartei wurde am Sonnabend mitgeteilt, daß sich an der ablehnenden Haltung der Fraktion gegenüber dem Plan eines Notopfers nichts geändert habe.

Die Deutsche Volkspartei bleibt fest.

Eintreten für eine vernünftige Finanzreform.

Den Verhandlungen der Fraktion der Deutschen Volkspartei am Sonntag ging eine Sitzung des Reichsausschusses voraus, in der der Parteiführer Dr. Scholz und der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer sich sehr entschieden für eine Finanzreform mit einer wesentlichen Entlastung der deutschen Produktion, aber ebenso scharf gegen das Notopfer aussprachen.

Das Notopfer bedeute eine Erhöhung der direkten Steuern. Seine verfassungsrechtliche Zulässigkeit sei, wenn es auf die Festbesoldeten beschränkt bleibe, höchst zweifelhaft. Das Notopfer würde die Hinausschiebung der dringend notwendigen inneren Stärkung der Arbeitslosenversicherung bedeuten. Sämtliche Redner haben in der Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei ohne Ausnahme denselben Standpunkt vertreten. Es ist erforderlich, daß die Partei im Interesse der deutschen Zukunft an ihrem jetzigen Kurs festhalte. Dr. Scholz konnte die völlige Einmütigkeit des ganzen Reichsausschusses in der Ablehnung des Notopfers feststellen.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat danach in einer Sitzung sich einstimmig dahin geeinigt, sowohl den Plan des Notopfers abzulehnen, wie auch an den Plan einer sofortigen Sanierung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, der sofortigen Beendigung der Zuschußwirtschaft festzuhalten und außerdem jede direkte Steuererhöhung abzulehnen. Die Deutsche Volkspartei fordert statt dessen

Maßnahmen zur Senkung der direkten Steuern.

Das Ende des Kabinetts Müller ist also da, wenn nicht in letzter Minute das Zentrum und die Sozialdemokraten einlenken. Die Demokratische Fraktion hielt am Sonntag ebenfalls eine Sitzung ab.

Der Deutsche Beamtenbund gegen das Notopfer.

Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes hat sich am Sonnabend erneut mit der gegenwärtigen Lage befaßt, vor allem mit der Frage des Notopfers. Die Bundesleitung hält sich für verpflichtet, schon jetzt ihre größten Bedenken gegen die Absicht auszudrücken, die für die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung noch fehlenden 100 Millionen Mark durch ein Notopfer aufzubringen, das nur auf die Festbesoldeten, also in der Hauptsache auf die Beamten, beschränkt bleiben soll. Die Bundesleitung ist der Auffassung, daß im Hinblick auf die große Not, in der sich Millionen von Volksgenossen befinden, diesen außergewöhnlichen Verhältnissen am gerechtesten durch Heranziehung aller leistungsfähigen Volksschichten auf dem Wege über einen befristeten Zuschlag zur Einkommensteuer Rechnung getragen werden kann.

Die Berliner Presse zum Notopfer

Die wenigen am Montag früh erscheinenden Berliner Blätter rechnen aufgrund des volksparteilichen Beschlusses gegen das Notopfer damit, daß mindestens Dr. Moldenhauer sofort zurücktreten wird.

Die „Berliner Montagspost" zweifelt nicht mehr an dem Rücktritt des Reichsfinanzministers während sie damit rechnet, daß der Reichsaußenminister Dr. Curtius vorläufig noch weiter im Amte bleibt. Das Blatt schreibt weiter, die Meinung überwiege, daß man rasch oder langsam der Weimarer Koalition im Reiche zutreibe.

SLUB
Wir führen Wissen.